



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/3997**

Zusammenarbeit von Polizei und Maßregelvollzug verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Berichts, der mit Zustimmung zum SPD-Antrag auf der Drucksache 19/3973 am 13.11.2024 vom Landtag beschlossen wurde, zusätzlich auf die Möglichkeiten folgender Aspekte einzugehen und den Bericht auch dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zuzuleiten:

- Einbau technischer Einrichtungen zur unmittelbaren Notfallalarmierung der Polizei in den Pforten der Maßregelvollzugsanstalten
- Schaffung standardisierter sicherer digitaler Schnittstellen zur Übermittlung von Informationen aus dem Forensischen Informationssystem (u. a. Gefährdungsbeurteilungen und Fahndungsmaterial) an die Polizei
- Entwicklung gesonderter Fortbildungen für den Ersteingriff der nahegelegenen Polizeidienststellen bei Gefahrensituationen in den und im Umfeld der Maßregelvollzugsanstalten.“

Berichterstatlerin: **Eva Lettenbauer**
Mitberichterstatlerin: **Martina Gießübel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende